



# HESSISCHER LANDTAG

29. 08. 2006

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Antrag  
der Abg. Schäfer-Gümbel, Habermann,  
Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion  
betreffend Sofortprogramm für Ausbildung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, damit ein bundesweites Sofortprogramm für Ausbildung gestartet wird. Das Sofortprogramm soll folgende Komponenten enthalten:
  - 50.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bundesweit, für Hessen 3.000, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund in außerbetrieblichen Einrichtungen,
  - Einrichtung eines externen Ausbildungsmanagements zur Unterstützung von kleineren und mittleren Betrieben, die neu ausbilden wollen,
  - Förderung von zusätzlicher Ausbildung im Verbund mehrerer kleinerer Unternehmen durch Übernahme der Ausbildungsvergütung und Durchführung des theoretischen Ausbildungsanteils durch bewährte Qualifizierungsträger,
  - Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen,
  - Arbeitgeberzuschuss für betriebliche Ausbildung von Menschen mit Schwerbehinderung.

Die Finanzierung des Sofortprogramms erfolgt aus Teilen des Überschusses, den die Bundesagentur für Arbeit in diesem Jahr erzielen wird. Außerdem können nicht genutzte Budgetanteile des Eingliederungstitels von Arbeitsgemeinschaften und optierenden Kommunen genutzt werden.

2. Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, im Bereich der Landesverwaltung die Zahl der Ausbildungsstellen um 10 v.H. zu erhöhen.

**Begründung:**

Die Ausbildungsplatzlücke ist trotz vielfältiger Anstrengungen weiter angewachsen. Der noch unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Ausbildungspakt hat leider nur eine begrenzte Wirkung erreicht. Vorbildlich war die im Ausbildungspakt vereinbarte Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze im Bereich der Bundesverwaltung um 20 v.H., die in großen Teilen sogar überschritten wurde. Diesem Beispiel ist die Hessische Landesregierung bisher leider nicht gefolgt, obwohl gerade in Hessen die Situation von jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, besonders schwierig ist.

Um die große Zahl der sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber nicht weiter anwachsen zu lassen und auch deren Verweildauer in "Warteschleifen" nicht weiter zu verlängern, ist ein Sofortprogramm unerlässlich. Jedes weitere Abwarten verringert die Chancen der jungen Menschen, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Deshalb müssen die zu erwartenden Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit jetzt genutzt werden, um die Ausbildungsplatzlücke in einem Kraftakt zu schließen.

Wiesbaden, 29. August 2006

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Walter**

**Schäfer-Gümbel                      Habermann**  
**Dr. Pauly-Bender                  Dr. Spies**